

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, an der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 1 Rgr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Mittwochs 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Rgr.

Deutschland.

Berlin, 2. Juli. Unsere Regierung geht infolge der Kreis- und Provinzialständischen Fragen einer ersten Krisis entgegen, oder befindet sich vielmehr bereits in einer solchen, wenn die Sache selbst auch äußerlich noch verdeckt wird. Nicht daß diese Krisis eine Folge der von der constitutionellen Partei erhobenen und aus der bestehenden Gesetzgebung sich von selbst ergebenden Opposition wäre: in den betreffenden Ministerialrescripten sowol als auch in den spätern von der Regierung ergriffenen Maßnahmen ist hinlänglich dafür gesorgt, daß trotz jeder Opposition von dieser Seite der Wille der Regierung doch seinen Gang geht; die Krisis ist vielmehr eine Folge der Stellung, welche die Junker und ihr Organ, die Kreuzzeitung, zur ständischen Frage eingenommen haben. Freilich muß es um so auffallender sein, wenn man hört, daß die Regierung gewillt sein soll, den Consequenzen, welche die Junker aus den Rescripten des Ministers des Innern vom 15. und 28. Mai ziehen, entgegenzutreten, als man einerseits annehmen darf, daß die Rescripte des Ministers des Innern nicht sowol durch eine durch die Einführung des Einkommensteuergesetzes gebotene Nothwendigkeit, als vielmehr durch fortwährendes Drängen der Junker und ihres hiesigen Organs entstanden, und andererseits die Thatsache vorliegt, daß die Regierung der constitutionellen und gesetzlichen Opposition gegenüber nichts eiliger zu thun hatte, als die ihr von den frühern Ständen und den Junkern zugegangenen Dankadressen, in welchen der „gute Wille“ der Regierung zwar mit Dank anerkannt, die weitere und volle Rehabilitation aller frühern ständischen Befugnisse und Vorrechte aber zuversichtlich erwartet und nicht selten dringend gefordert wurde, in ihren officiellen und halbofficiellen Organen veröffentlichen zu lassen. Ob nun die Regierung sich über die Tragweite jener Rescripte und deren mögliche Folgen anfangs nicht ganz klar gewesen und sich erst später entschlossen hat, gegen die Forderungen der Junker und der Kreuzzeitungspartei „Fronte“ zu machen, oder ob etwa andere Motive in ihrer gegenwärtigen Stellung zu Grunde liegen: an unserer jetzigen Situation ändert das nichts. Die Partei der Kreuzzeitung drängt in diesem Augenblicke mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, wenn auch nicht öffentlich, so doch im Stillen. Der Regierung wird daher nur die Alternative bleiben, entweder auf die Intentionen der Kreuzzeitung und ihrer Partei einzugehen — dann wäre die Verfassung in größter Gefahr — oder auf ihrer Weigerung den altständischen Forderungen gegenüber zu bestehen — dann wäre ein ernsther Conflict zwischen ihr und der Kreuzzeitung und deren Partei unvermeidlich. Der letztere Fall wäre für die Regierung offenbar mehr als mißlich; sie hat außer der Kreuzzeitung und deren Anhängern keine Stütze im Lande; schwände auch diese Stütze, so würde sie vollends gänzlich isolirt dastehen und darum auch nur auf kurze Zeit hin haltbar sein, ganz abgesehen von der Frage, ob die Regierung, wenn sie auch wirklich den Willen dazu hätte, die über eine schiefe Ebene hinabrollende Kugel der Reaction in ihrem Laufe aufzuhalten im Stande wäre. Die Junker und die sonstigen Anhänger der Kreuzzeitung sind bei ihrer Macht und ihrem Einflusse nicht die Leute, die Das, was sie wollen, nicht auch durchzusetzen vermöchten; die Antecedentien geben den besten Beweis dafür, und die gegenwärtigen Verhältnisse sind zur Verfolgung ihrer Pläne die günstigsten. So ist die gegenwärtige Lage in unserm Innern. Gibt das Gouvernement nicht nach, so wird der vorhin erwähnte Conflict schon recht bald offen zu Tage treten, und daß derselbe nicht von ernsten Folgen begleitet sein werde, ist nicht anzunehmen.

Berlin, 2. Juli. Wir entlehnen den „Neuen Gesprächen“ des Hrn. v. Radowich noch einige sehr charakteristische Bekenntnisse, zuvörderst über das Verhältnis ihres Verfassers zu der katholischen Kirche. Themar, der bairische Rector, Waldheim's Schwager, ein Mann, der auf die Dresdener Conferenzen seine Hoffnung gesetzt hat, weil sie unter Baierns Hegide Deutschlands Einheit und Freiheit begründen sollten, nimmt Spuren gewahr von dem Verlehrs Waldheim's mit Protestanten und mit Liberalen. „So sind allerdings meine Führungen!“ entgegnet ihm Waldheim. „Und doch darf ich mir in ernster Gewissensforschung sagen, daß diese Führung eine gnadenreiche gewesen; sie hat mir gegeben, ohne zu nehmen, die Liebe gemehrt, ohne die Erkenntnis zu mindern.“ Themar: „Auch das Bekenntnis?“ Waldheim: „Die Frage stellst du nicht im Ernst?“ Themar: „Nein, Gottlob, ich kenne dich und deine Glaubensfestigkeit. Aber begreife, daß ich nicht ohne Sorge die Versuchungen betrachten konnte, in welche du eben durch die eigenen Führungen deines Lebens gesetzt worden bist, die Versuchung, Gemeinschaften einzugehen außerhalb der katholischen Einheit. Wenn auch, wie

ich gern zugebe, unbeschadet dieser Einheit!“ Waldheim: „Gemeinschaften außerhalb, aber unbeschadet der katholischen Einheit? Lieber Schwager, kommt es dir nicht so vor, als wenn das gerade der Weg wäre, auf dem nicht bloß der Einzelne, sondern das Ganze, auf den die deutsche Nation geführt wird?“ Im weitem Laufe der Unterredung stellt dann Themar den Satz auf: „Keinerlei Umgestaltung der deutschen politischen Verhältnisse ist zulässig, bei welcher die katholische Sache in Deutschland Schaden erleidet.“ Waldheim: „Hier berührst du den Punkt, auf den es mir dir gegenüber vor allem ankommt.“ „Mein theurer Waldheim — hält ihm Themar weiter vor —, du hast mir und Bessern als mir in deinem öffentlichen Leben vielen Kummer gemacht. Prüfe dich, ob du in Erfurt auf der Seite sahest, wo die wenigen Vertheidiger der katholischen Sache ihren sauren Kampf kämpften! Ja schon in Frankfurt, wohin gingen deine letzten Bestimmungen! Bei so tiefer Gemeinschaft so grelle Gegensätze! Solche Erfahrungen sind unserer Zeit vorbehalten geblieben.“... Waldheim: „Du sagtest, daß du nur derjenigen Gestaltung der deutschen Dinge dich zuwenden könntest, bei welcher die katholische Sache keinen Schaden erleide. Hierin kann nicht die Ursache des Zwiespalts zwischen uns liegen, denn ich wiederhole vor dem Angesichte des Allwissenden, was einer meiner Freunde in Frankfurt bei ähnlichem Anlasse aussprach: Wenn es sich um die Vertheidigung der katholischen Kirche gegen ungerechten Angriff handelte, so würde ich über meine Stellung nicht einen Augenblick in Zweifel sein; jede andere Rücksicht, politische wie nationale, müßte schwinden. Das ist auch meine unwandelbare Richtschnur; läge es zu irgend einer Zeit in dem unerforschlichen Rathschlusse, daß ein Zwiespalt sich aufthäte zwischen den irdischen Interessen, auch den höchsten, und den ewigen Geboten der Kirche Gottes, so würde ich unfähig sein, die Sache des Staats, dem ich in allen Dingen dieser Welt bis zum letzten Hauche meines Lebens angehört, zu der meinigen zu machen. Ich würde schweigen, trauern und harren.“

Nürnberg, 2. Juli. Der seit vier Wochen verhaftete Arbeiter Faasfen ist am 27. Juni aus dem Polizei- in das Criminalgefängniß abgeführt, aus letzterm aber gestern entlassen worden. (N. C.)

Stuttgart, 1. Juli. Die Nachricht des Frankfurter Journal über den Uebertritt des Professors Sfrörer in Freiburg zur katholischen Confession berichtigt die Württembergische Zeitung dahin, daß Prof. Sfrörer nicht evangelischer Pfarrer war. Sfrörer (geboren 1803) wurde 1828 Repetent am evangelisch-theologischen Seminar in Tübingen, 1830 Bibliothekar an der öffentlichen Bibliothek in Stuttgart, was er bis zu seinem Abgange nach Freiburg blieb.

Koburg, 1. Juli. Der Unfall, welcher unserm Herzog kürzlich zugestossen (Nr. 325), hat keine schlimmen Folgen gehabt. Die Verletzung oberhalb des rechten Auges ist so schnell geheilt, daß der Herzog bereits nach wenigen Tagen an einem Schießen thätigen Antheil nehmen konnte.

Schwerin, 29. Juni. Der ehemalige Abgeordnete Lasen ist in zweiter Instanz vom Verbrechen des Hochverraths freigesprochen worden.

Bremen, 2. Juli. Der Senat hat heute dem Präsidenten der Bürgerschaft zur Vertheilung an die Mitglieder einen Antrag zugehen lassen, welcher folgende „dringende Aufforderung“ enthält: „Die Bürgerschaft wolle mit ihm vereint dahin wirken, daß durch eine geeignete Modification der Wahlbestimmungen des den Senat betreffenden Gesetzes dem Senat eine wahrhafte Mitwirkung bei dem wichtigen Staatsacte der Senatswahl insoweit gewährt werde, daß derselbe den wesentlichen Anforderungen, welche der obige (dem Antrage vorangeschickte) Vortrag darlegt, Geltung zu verschaffen vermag, auch zu einer mit unverzüglicher Berathung und demnächstiger Berichterstattung wegen dieses Gegenstandes zu beauftragenden Deputation ihre Mitglieder zu erwählen.“ Dieser hochwichtige Gegenstand, heißt es am Schlusse der betreffenden Senatsmittheilung, müsse erledigt sein, bevor die nächste Wahl in den Senat statifinde, und die Lösung der Frage leide um so weniger Aufschub, als die Nothwendigkeit einer Senatswahl ebenso gut in sehr naher wie in einer fernern Zukunft statifinden könne.

Wien, 1. Juli. Es war schon öfters von der Aushebung des Unterrichtsministeriums in seiner jetzigen Gestalt die Rede; in diesem Augenblicke wiederholen sich ähnliche Gerüchte mit besonderer Insistenz. Die klerikale Richtung, die in diesem Ministerium vorwaltert, ist bekannt. Eine eigenthümliche Verwechselung der Begriffe scheint Thun, dem die oberste Leitung der Cultusangelegenheiten anvertraut ist, bestimmt zu haben, auch die Unterrichtsangelegenheiten als bloße Cultus-